

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Thüringer Musikschulgesetz**

**Einbringer:** **Fraktion der AfD**

**(Drucksache 6/6936)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 03. May 2021

## 1. Drucksache

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Fraktion der AfD**

## **Gesetz zur Förderung und Anerkennung von Musikschulen im Freistaat Thüringen (Thüringer Musikschulgesetz)**

### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

In der Präambel der Verfassung des Freistaats Thüringen heißt es: "In dem Bewusstsein des kulturellen Reichtums [...] gibt sich das Volk des Freistaats [...] diese Verfassung." Artikel 30 Abs. 1 der Verfassung präzisiert: "Kultur, Kunst, Brauchtum genießen Schutz und Förderung durch das Land und seine Gebietskörperschaften." Eine Politik für Kunst und Kultur genießt in Thüringen mithin Verfassungsrang.

Wie aus dem Kulturkonzept des Freistaats Thüringen hervorgeht, richtet sich das Angebot hiesiger Musikschulen mit vokalen, instrumental- und musiktheoretischen Fächern vornehmlich an Kinder und Jugendliche, aber auch an Erwachsene. Tatsächlich leisten die Musikschulen - sowohl diejenigen in öffentlicher wie die in privater Trägerschaft - einen sehr wichtigen Beitrag zur musikalischen Bildung aller Teile der Gesellschaft. Neben der Förderung von musikalisch besonders begabten Personen bieten sie auch Angebote zur Frühförderung an. Fast alle kommunalen Musikschulen leisten zudem in Kooperation mit Schulen einen wichtigen Beitrag zur musikalischen Förderung von Schulkindern.

In Thüringen existieren 25 kommunale Musikschulen. Dort sind circa 1.000 Beschäftigte tätig. Etwa zwei Drittel von ihnen (im Jahr 2015 waren es 690 von 1.016) sind auf Honorarbasis angestellt; der Anteil der dauerhaft Beschäftigten liegt entsprechend deutlich darunter. Seitdem im Jahr 2008 infolge eines verfassungsgerichtlichen Urteils die institutionelle Förderung der kommunalen Musikschulen durch den Freistaat abgeschafft wurde, klagen die Musikschulen über fehlende finanzielle Mittel. Eine verlässliche Förderung durch das Land gibt es seitdem nicht mehr, wenngleich die zuvor vorhandenen institutionellen Fördermittel in die Schlüsselmasse des kommunalen Finanzausgleichs Eingang gefunden haben. Mangels Zweckbindung ist allerdings nicht gewährleistet, dass die Mittel tatsächlich den Musikschulen zu Gute kommen. Es existieren vom Land zur Verfügung gestellte Projektfördermittel, die jedoch nicht dafür geeignet sind, eine dauerhaft verlässliche finanzielle Förderung zu gewährleisten.

Eine gesetzliche Regelung zu den Musikschulen gibt es in Thüringen nicht.

**B. Lösung**

Der vorliegende Gesetzentwurf greift die Forderung auf, auch in Thüringen endlich eine gesetzliche Regelung zur Verfügung zu stellen, die wichtige bisher ungeklärte Aspekte der Musikschulförderung und -anerkennung berücksichtigt. Durch vorliegendes Gesetz werden die Voraussetzungen für die Anerkennung und Förderung der Musikschulen in Thüringen auf eine sichere Grundlage gestellt.

**C. Alternativen**

Beibehaltung der aktuellen Rechtslage

**D. Kosten**

Durch das Gesetz entstehen dem Freistaat Thüringen keine zusätzlichen Kosten.

**Gesetz zur Förderung und Anerkennung von Musikschulen im Freistaat Thüringen  
(Thüringer Musikschulgesetz)**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1  
Musikschulen**

Musikschulen sind Bildungseinrichtungen, deren wesentliche Aufgaben die Vermittlung einer musikalischen Grundbildung, die Herausbildung des Nachwuchses für das Laien- und Liebhabermusizieren, die Begabtenfindung und -förderung sowie die mögliche Vorbereitung auf ein Studium der Musik sind. Der Zugang zur Musikschule muss allen Interessierten offen stehen. Hierzu werden Gebührenordnungen vorgehalten, die durch Sozialtarife den Musikinteressierten ungeachtet der sozialen Herkunft die kulturelle Teilhabe ermöglichen. Für Familien mit mehreren Kindern sollen die Gebührenordnungen Staffellungen nach dem Kriterium der Anzahl der Kinder, für die die Eltern kindergeldberechtigt sind, vorsehen.

**§ 2  
Träger**

Träger von Musikschulen können Kommunen oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts sein.

**§ 3  
Staatliche Anerkennung**

(1) Auf Antrag des Trägers ist der Musikschule die Genehmigung zum Führen der Bezeichnung "Staatlich anerkannte Musikschule" zu erteilen, wenn die Voraussetzungen des § 5 erfüllt sind. Die Prüfung der Voraussetzungen erfolgt durch das für Kultur zuständige Ministerium.

(2) Die Anerkennung erfolgt für vier Jahre. Anschließend ist eine erneute Überprüfung der Voraussetzungen nach § 5 durchzuführen. Die Berechtigung zur Bezeichnung "Staatlich anerkannte Musikschule" ist von dem für Kultur zuständigen Ministerium zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.

**§ 4  
Förderung durch das Land**

(1) Musikschulen, die die Voraussetzungen nach § 5 erfüllen, werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf Antrag gefördert. Die Anerkennung als staatliche Musikschule ist nicht Fördervoraussetzung.

(2) Neben der Förderung zur Abdeckung des Grundbedarfes stellt das Land Mittel für die Projektarbeit der Musikschulen bereit.

(3) Das für Kultur zuständige Ministerium wird ermächtigt, die Ausgestaltung der Förderung nach den Absätzen 1 und 2 durch Rechtsverordnung zu regeln.

§ 5

Anerkennungs- und Fördervoraussetzungen

(1) Die Musikschule muss unter der Leitung einer nach Ausbildung und Berufserfahrung geeigneten Person stehen, die vom Träger fest angestellt ist.

(2) Lehrkräfte an Musikschulen müssen in der Regel einen Hochschulabschluss im Fachbereich Musik oder Musikpädagogik oder einen gleichwertigen Abschluss nachweisen.

(3) Die Musikschulen stellen ein umfassendes und breitgefächertes Instrumental- und Vokalangebot zur Verfügung, das auf Rahmenlehrplänen mit verbindlichen Qualitätskriterien und musikpädagogischen Zielstellungen basiert. Sie führen auf Dauer einen planmäßigen, auf den Rahmenlehrplänen beruhenden Unterricht durch, der sowohl musikalische Grundausbildung, Instrumentalunterricht und Vokalunterricht in verschiedenen Schwierigkeitsgraden als auch Ensemble- und Ergänzungsfächer umfassen soll.

(4) Die Rahmenlehrpläne müssen die Lernziele ausweisen, die nach Schwierigkeitsgraden geordnet sind und verschiedene Stilbereiche der Musik umfassen, ohne die Auswahl der Unterrichtsmethoden einzuschränken.

(5) Es werden geeignete Räumlichkeiten durch die Musikschulen vorgehalten.

(6) Von den Voraussetzungen nach den Absätzen 1 bis 4 können, insbesondere für Musikschulen im Aufbau, Ausnahmen für die Dauer von höchstens vier Jahren zugelassen werden.

§ 6

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Der Bereich der Musikschulen ist in einigen Bundesländern bereits gesetzlich geregelt. In Thüringen existiert eine gesetzliche Regelung bisher nicht. Da die Musikschulen die wichtigsten außerschulischen Bildungseinrichtungen zur Förderung der musikalischen Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sind, kommt ihnen eine besonders große Bedeutung zu. Dem wird mit vorliegendem Gesetzentwurf Rechnung getragen.

Eine gesetzliche Regelung für die Thüringer Musikschulen, die auch immer wieder von deren Vertretern gefordert wird, bedeutet nicht nur eine Anerkennung sowohl der kommunalen wie der freien Musikschulen für das kulturelle Leben Thüringens und für die persönliche musische Bildung gerade junger Menschen durch den Gesetzgeber. Vielmehr vermag sie wesentliche Punkte wie die Möglichkeit des Zugangs unabhängig vom sozialen Status, den Förderanspruch oder auch die staatliche Anerkennung gesetzlich zu regeln und damit verlässlich abzusichern und öffentlich zu machen. Zudem können Qualitätsstandards mit dem Gesetz verbindlich festgelegt werden.

**B. Zu den einzelnen Bestimmungen****Zu § 1**

Geregelt werden die wesentlichen Aufgaben der Musikschulen sowie der Zugang zu ihnen. Daneben wird festgelegt, dass von den Musikschulen Gebührenordnungen zu erlassen sind, die durch Sozialtarife allen Interessierten den Zugang zu der Musikschule erlauben und die die besondere finanzielle Belastungssituation von Familien mit mehreren Kindern durch eine familienfreundliche Beitragsstaffelung berücksichtigen.

**Zu § 2**

Die Trägerschaft der Musikschulen übernehmen Kommunen oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts.

**Zu § 3**

Geregelt wird der Anspruch der Musikschulen, die Bezeichnung "Staatlich anerkannte Musikschule" zu führen, wenn bestimmte Voraussetzungen, die in § 5 geregelt werden, erfüllt sind. Eine Anerkennung als staatlich anerkannte Musikschule erfolgt jeweils für die Dauer von vier Jahren.

**Zu § 4**

Geregelt wird die Förderung der Musikschulen als Förderung des Grundbedarfs und als Projektförderung. Gefördert werden Musikschulen, wenn sie die Voraussetzungen des § 5 erfüllen.

Die Musikschulen erhalten mit dieser Regelung einen Anspruch auf finanzielle Förderung aus dem Landeshaushalt. Die finanzielle Förderung aus Landesmitteln ist unabhängig von der Zuerkennung des Titels einer "Staatlich anerkannten Musikschule" nach § 3.

Zu § 5

Hier werden die Voraussetzungen einer Anerkennung als "Staatlich anerkannte Musikschule" sowie die Bedingungen einer finanziellen Förderung durch den Freistaat Thüringen geregelt. Anerkennung und finanzielle Förderung können nur dann erfolgen, wenn die betreffende Musikschule unter der Leitung einer nach Ausbildung und Berufserfahrung geeigneten Person steht. Daneben müssen die Lehrkräfte an Musikschulen in der Regel über einen Hochschulabschluss im Fachbereich Musik oder Musikpädagogik oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen. Hierdurch soll eine hohe Qualität des angebotenen Unterrichts sichergestellt werden. Der Qualitätssicherung dient auch der dritte Absatz des Paragraphen. Er legt fest, dass staatlich anerkannte Musikschulen ein breitgefächertes Angebot an Instrumental- und Vokalkursen vorhalten müssen, die auf verbindlichen Qualitätskriterien basieren. Daneben muss eine staatlich anerkannte oder geförderte Musikschule geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Absatz 6 eröffnet die Möglichkeit zeitlich begrenzter Ausnahmen von den in den Absätzen 1 bis 4 festgelegten Bedingungen insbesondere, um im Aufbau befindlichen Musikschulen Anerkennungs- und Förderungsperspektiven zu eröffnen.

Zu § 6

Geregelt wird das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion:

Muhsal

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

Vom Einbringer wurden keine dokumentationspflichtigen Daten übermittelt.

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**



THLEmV e. V.,

Mohrental 8, 99448 Rittersdorf

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erster Vorsitzender

Per E-Mail:

[poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

Stellv. Vorsitzender

Den Mitgliedern des

..... *APILF* .....

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t

6 / 2 9 0 6

*2a Dis. 6/6963*

Rittersdorf, 28.04.2019

*(mündlich Anzuhörender)*

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Betr. **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes**  
**Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Drucksache 6/6963**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zur beabsichtigten Änderung des Thüringer Waldgesetzes.  
Der THLEmV gibt folgende Stellungnahme ab und bittet den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten um Berücksichtigung der Hinweise und Argumente

## 0. Vorbemerkungen:

Der Thüringer Landesverband Energiewende mit Vernunft e. V. (THLEmV) vertritt gegenwärtig schon über 50 Bürgerinitiativen (BI'n) in Thüringen.

Die Stellungnahme des THLEmV enthält:

1. die grundsätzliche Position zum Wald, Natur- und Klimaschutz,
2. die Auffassung zum vorliegenden Gesetzentwurf (Drucksache 6/6963) und
3. Forderungen zur Erhaltung, Mehrung und Verwaltung des Waldes in Thüringen.

## 1. Position zum Wald, Natur- und Klimaschutz

Der Wald im Freistaat muss unbestritten langfristig die Nutz-, Schutz und Erholungsfunktionen, auch unter sich verändernden klimatischen Bedingungen, erfüllen. Deshalb bedürfen unsere Thüringer Wälder des besonderen Schutzes durch den Staat und die gesamte Gesellschaft.

Thüringer Landesverband  
Energiewende mit Vernunft e.V.  
Sitz des Vereins: 99448 Rittersdorf  
VR 210899 beim AG Stadtroda  
Internet: <http://www.thlemv.de>

Erster Vorsitzender: |  
Stellv. Vorsitzender: |  
  
Schriftführerin:  
Kassenwart:

E-Mail: [ThLEmV.bueroleiter@aol.com](mailto:ThLEmV.bueroleiter@aol.com)  
Bankverbindung:  
Volksbank Eisenberg eG  
BIC: GENODEF1ESN  
IBAN: DE50 8309 4494 0000 0429 00

Wälder erfüllen für den Erhalt der biologischen Vielfalt eine besondere Funktion (Biodiversität). Deshalb muss stets die nachhaltige Entwicklung gesichert werden. Neben den zutreffenden Regelungen zum Waldumbau, haben sich Wälder jedweder Eigentumsform gleichermaßen an den Erfordernissen des Natur-, Landschafts-, Arten-, Klima-, Lärm-, Boden- und Wasserschutzes zu orientieren.

Unter dem Schutz von Wäldern und Baumbeständen wird die Verhinderung vor Schäden jeglicher Art verstanden. Dabei werden sowohl die forstwirtschaftlichen wie auch die nicht-materiellen Ansprüche (wie Erholung, Mikro-Klimawirkung oder Landschaftsgestaltung) an den Wald als schützenswert betrachtet. Daher sind vorrangig nichtforstliche Ansprüche der Gemeinwohlverpflichtung (§§ 9, 28, 31, 33, ThürWaldG) u. a. bei der Waldbewirtschaftung, zu berücksichtigen, sollten diese primär bestimmen!

Bezüglich Klimaschutz stellt in der gesamten Land- und Forstwirtschaft Wald die einzige natürliche CO<sub>2</sub>-Senke dar! Daher gebietet die Vernunft, bestehende Wälder in Thüringen keinesfalls zu schädigen oder zweckentfremdet zu missbrauchen, sondern nachhaltig zu mehren.

Daher schließen schon sieben Länder, u. a. die Sachsen-Anhalt-Koalition (CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) im Wald aus ökologischen Gründen aus. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sind nach landesrechtlichen Bestimmungen WEA im Wald verboten.

Der THLEmV fordert, dass ein Verbotstatbestand in das ThürWaldG aufgenommen wird: „**Eine Umwandlung zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.**“ Siehe 3.

## **2. Zum Gesetzentwurf (Drucksache 6/4919)**

### **Zu A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Der THLEmV sieht ebenfalls, dass durch den verstärkten Aufkauf von Waldflächen durch forstwirtschafts-fremde Investoren in Thüringen landwirtschaftliche Vorkaufsrechte umgangen werden können, wenn Land- und Forstflächen gemeinsam veräußert werden.

In der Natur der Sache liegt, dass Privatwald mit einer Eigentumsgröße von durchschnittlich einem Hektar, meist verteilt auf mehrere Flurstücke, keine optimale Bewirtschaftung zulässt. Auch wenn die größten ungenutzten Holzvorräte Thüringens sich im Kleinprivatwald befinden, können die Eigentümer nicht genötigt werden, gegen ihren Willen schlagbares Holz für einen wirtschaftlichen Einsatz zur Verfügung zu stellen. Vgl. Art 14. Abs. 1 „*Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.*“ Andererseits gewährleisten die Bestimmungen im Waldrecht (BWaldG und ThürWaldG) schon hinreichend, dass „*Sein Gebrauch [hier der Wald] soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*“

Dass Kommunalwaldverkäufe zum Zweck der Haushaltskonsolidierung, aber auch zur Spekulation bzw. zur persönlichen Bereicherung (Vetternwirtschaft) verhindert werden sollen, wird grundsätzlich begrüßt. Allerdings ist dabei auch die grundgesetzlich garantierte (finanzielle) Selbstverwaltung der Gemeinden (Art 28 Abs. 2 GG) zu beachten (Gefahr Verfassungsklage).

### **Zu B. Lösung**

Wenn ein Vorkaufsrecht bei Waldverkäufen für die Thüringer Landgesellschaft (ThLG) als gemeinnützige Siedlungsgesellschaft zur Vereinheitlichung (analog des landwirtschaftlichen Vorkaufsrechts) sinnvoll und transparent geregelt werden kann (auch hier sind - in der „zweiten Stufe“ der Veräußerung durch die ThLG - die Umgehungstatbestände und Spekulationen rechtlich auszuschließen), wird dies unterstützt.

Zu „**Tätigwerden der unteren Forstbehörde aus Forstschutzgründen wird erleichtert.**“ Siehe 3.

„Die Frist zur Aufforstung von Kahlf lächen wird auf fünf Jahre angehoben.“ ist nicht zielführend.

### Zu C. Alternativen

Die „Verbesserung der Bewirtschaftungsmöglichkeiten im Kleinprivatwald kann eine bessere Unterstützung der Bildung von Waldgenossenschaften und Forstbetriebsgemeinschaften erfolgen.“ ist bereits gängige und bewährte Praxis in Thüringen.

„Durch Flurneuordnungsverfahren lassen sich Grundstücke zusammenlegen.“ ist aufgrund der Flächenbewertung, Aufwuchs- und Schadensbestände sowie Lasten nur schwierig bis kaum umsetzbar.

„Zur Umsetzung der notwendigen Forstschutzmaßnahmen und der Vorgaben zur Wiederaufforstung“ (Widerspruch zu infolge der witterungsbedingten Waldschäden) sollten in jedem Fall zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt eingesetzt werden (Allgemeinwohlzweck).

### Zu D. Kosten

„Für den im Zuge des fortgeschrittenen Klimawandels notwendigen Waldumbau sollen zusätzliche Mittel im Landeshaushalt eingestellt werden.“ ist dringend geboten und zielführend. U. E. wird der Bedarf in den nächsten Jahren nicht gering sein. Die Voraussetzungen, wie Saatgutgewinnung und Anzucht von geeigneten Pflanzen sollte daher unverzüglich geschaffen werden. Eine Verschiebung in die nächste Förderperiode der EU (z. B. ELER-Finanzierung) – d. h. in die nächste Regierungskoalition verschieben – verschärft den Zustand und ist nicht sinnvoll.

„Durch die Streichung der Verpflichtung zur Reitwegeausweisung werden [zwar] Abstimmungs- und Beschilderungskosten beim ThüringenForst eingespart.“, aber weitere Risiken und Unfallgefahren in Kauf genommen. Insbesondere kommt es flächendeckend zu Störungen von geschützten Arten und Wildtieren (Brut- und Setzzeit), Beeinträchtigungen im Jagdwesen (Hege und Pflege), Verringerung des Erholungswertes für Wanderer und Touristen etc. etc.

### Anmerkungen zu Artikel 1

Änderungen in § 6 (Siehe D. Kosten, letzter Absatz.)

Änderungen in § 11 ohne Einwand.

Änderungen in § 17 sind sinnvoll.

Änderungen in § 23 Wiederaufforstung

Die Verlängerung der Frist innerhalb von drei auf fünf Jahren zur Wiederaufforstung widerspricht dem Grundsatz der „Verbesserung und Erhaltung“ sowie der „Sicherung der Schutzfunktion“ (§§ 19, 27, 32, 34 ThürWaldG). Ein Hinausschieben der Wiederaufforstung trägt weder zum schnellen Lückenschluss der Kahlschläge beim Holzeinschlag, noch der Beseitigung von witterungsbedingten Waldschäden bei. Die Verlängerung ist kontraproduktiv. Die Anfügung „Bei flächendeckender Naturverjüngung innerhalb der fünf Jahre ist keine Wiederaufforstung nötig.“, weicht den Grundsatz der „Verbesserung und Erhaltung“ zusätzlich noch weiter auf!

Aufhebung § 29 Beihilfen bei Waldbrandschäden

Hier wird unterstellt, dass sich das Land von künftigen Waldbrandschäden freistellen lassen will. z. B. bei zunehmender Gefahr von Waldbrandschäden, verursacht durch WEA im Wald bzw. WEA im angrenzenden Freifeld (durch weiträumigen Feuerwurf) beim „kontrollierten Abbrand“. Auch die Einfügung in § 27 Förderung der Forstwirtschaft durch das Land, Abs. 3 Satz 2 Nummern 14 „Beseitigung von durch Waldbrände entstandene Schäden.“ kann die bisherige verbindlich Regelung (ganz konkrete Beihilfen bei Waldbrandschäden im § 29) nicht auffangen. Eine Förderung hingegen hängt stets von der Kassenlage und den Förderrichtlinien ab.

Förderung ist daher unverbindlich (ungewiss, in der Höhe unklar). Hier erfolgt eine einseitige Risikoverlagerung (ohne adäquaten Ausgleich) auf die Körperschafts- und Privatwald-Besitzer. Mit der Aufhebung des § 29 werden zugleich „nach der Beendigung der Maßnahme“ (z. B. § 5 Waldinventur, Waldverzeichnisse, Waldbiotopkartierung, Waldfunktionenkartierung ThürWaldG) die Waldeigentümer durch die unteren Forstbehörden nicht mehr vorschriftsmäßig informiert.

### 3. Erhaltung, Mehrung und Verwaltung des Waldes in Thüringen

- a) Der **THLEmV fordert** von der Regierungskoalition, dass ein Verbotstatbestand in das ThürWaldG aufgenommen wird, so wie es im Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt (ST) - LWaldG vom 25.02.2016 beschlossen wurde:<sup>1</sup>  
Der **§ 8 Umwandlung des Waldes im LWaldG ST** regelt mustergültig:  
„(1) Wald darf nur mit Genehmigung der Forstbehörde in eine andere umgewandelt werden (Umwandlung). Für Umwandlungen, die  
1. aus Gründen des Naturschutzes, insbesondere des Arten- und Lebensraumschutzes, erfolgen oder  
2. der Beseitigung von natürlich angekommener Vegetation zur Herstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der Offenland-Lebensraumtypen nach Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG dienen, soll die Genehmigung nur versagt werden, wenn dies besondere Umstände erforderlich machen. **Eine Umwandlung zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.**“

- b) Zum Problem „**Untere Forstbehörde**“ **ThüringenForst**

Rechtlich bedenklich ist Änderung der Nutzungsart vom ThüringenForst für sich selbst nach dem ThürWaldG:

#### **„§ 10 Änderung der Nutzungsart.**

(1) Wald darf nur nach vorheriger Genehmigung der unteren Forstbehörde in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Änderung der Nutzungsart).

Die Genehmigung erfolgt im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde und nach Anhörung der Behörde der Regionalplanung. Soll die Fläche nachfolgend landwirtschaftlich genutzt werden, ergeht die Genehmigung darüber hinaus im Einvernehmen mit der unteren Landwirtschaftsbehörde.“

(2) Bei der Entscheidung über einen Antrag auf Änderung der Nutzungsart sind die berechtigten Interessen des Waldbesitzers und die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn ...“

Nach der **Öffentlichen Bekanntmachungen** der Landesforstanstalt ist der ThüringenForst Untere Forstbehörde:<sup>2</sup>

„Als Untere Forstbehörde ist der ThüringenForst verpflichtet, für alle beantragten Erstaufforstungen von 2 Hektar bis weniger als 50 Hektar Größe sowie für Nutzungsartenänderungen (Rodung von Wald zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart) von 1 Hektar bis weniger als 10 Hektar Wald eine standortsbezogene Vorprüfung des Einzelfalls im Sinne des § 3c Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.“

#### Anmerkung:

Auch nach der amtlichen Quelle: <https://www.buzer.de/gesetz/6866/al63525-0.htm>

§ 3c UVPG n.F. (neue Fassung) in der am 29.07.2017 geltenden Fassung durch Artikel 1 G. v. 20.07.2017 BGBl. I S. 2808 ist § 3c aufgehoben, damit unwirksam!

<sup>1</sup> Vgl. [http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/portal/t/15rf/page/bssahprod.psml/screen/JWPDFScreen/filename/WaldG\\_ST\\_2016.pdf;jsessionid=AB536FC3338E955E000DAB11603BF418.jp15](http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/portal/t/15rf/page/bssahprod.psml/screen/JWPDFScreen/filename/WaldG_ST_2016.pdf;jsessionid=AB536FC3338E955E000DAB11603BF418.jp15)

<sup>2</sup> Vgl. [https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/bekanntmachungen/oeffentliche-bekanntmachungen/?sword\\_list\[1\]=forstbeh%C3%B6rde](https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/bekanntmachungen/oeffentliche-bekanntmachungen/?sword_list[1]=forstbeh%C3%B6rde)

„Die zum 1. Januar 2012 gegründete Landesforstanstalt nimmt als Gemeinschaftsforstverwaltung sowohl die Bewirtschaftung des 200.000 Hektar umfassenden Staatswaldes, die Hoheit über den Gesamtwald (550.000 Hektar) als auch die Beratung und Betreuung des Privat- und Kommunalwaldes auf privatrechtlicher Dienstleistungsbasis wahr.“  
Quelle: <https://www.thueringenforst.de/ueber-thueringenforst/wir-ueber-uns/unser-handeln/>

Der „ThüringenForst nimmt als untere Forstbehörde hoheitliche Aufgaben zum Schutz des Waldes mit dessen Funktionen wahr.“

„Die sogenannten hoheitlichen Aufgaben ergeben sich vor allem aus dem Thüringer Waldgesetz, kurz: ThürWaldG. Dieses wurde am 6. August 1993 beschlossen und durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 zuletzt geändert.

Hoheitliche Aufgaben

Zu den sich aus dem ThürWaldG ergebenden hoheitlichen Aufgaben von ThüringenForst zählen insbesondere:

die Forstaufsicht zur Einhaltung des ThürWaldG in den Thüringer Wäldern, die Genehmigung von Nutzungsartenänderungen (Waldumwandlung), ...“

Quelle: [https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/bekanntmachungen/oeffentliche-bekanntmachungen/?sword\\_list\[1\]=forstbeh%C3%B6rde](https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/bekanntmachungen/oeffentliche-bekanntmachungen/?sword_list[1]=forstbeh%C3%B6rde)

### **Resümee:**

Der ThüringenForst übt somit die Forstaufsicht über sich selbst aus. Der ThüringenForst genehmigt sich zudem die Nutzungsartenänderung selbst. Dies ist besonders auffällig und anstößig, indem der ThüringenForst offensiv mit dem Waldumbau durch Windenergie wirbt. Dabei tritt vor allem das wirtschaftliche Interesse in den Vordergrund, statt hoheitlichen Wald- und Naturschutz (Hauptzweck). Beleg: „Nebenbei bietet sich für den Betrieb noch die Möglichkeit, einem monetären Interesse nachzugehen und zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften, die die der klassischen Forstwirtschaft erheblich übersteigen.“

Quelle: <https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/windraeder-im-wald/waldumbau-windenergie/>

Derart ist keine objektive und unabhängige staatliche Entscheidung über den (eigenen) Antrag auf Änderung der Nutzungsart gewährleistet. Es besteht Befangenheit und starkes wirtschaftliches Eigeninteresse, versus Waldschutz. Eine sachliche; rechtsstaatliche Abwägung der „berechtigten Interessen des Waldbesitzers“ zu Belangen der Allgemeinheit“, gegeneinander und untereinander, ist so unmöglich – daher zu bemängeln.

### **Gesamtvotum:**

Aus den vorgenannten Gründen kann dem Gesetzentwurf in dieser Form, begründet weil er fachlich und rechtlich nicht schlüssig ist, seitens des THLEmV nicht zugestimmt werden.

Mit freundlichen Grüßen

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**(Keine Dokumente vorhanden)**

## **5. Weitere Beiträge**

**(Keine Dokumente vorhanden)**

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**